S 11 RJ 912/96

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	20
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 11 RJ 912/96
Datum	10.11.1999

2. Instanz

Aktenzeichen	L 20 RJ 630/99
Datum	19.09.2001

3. Instanz

Datum	10.07.2002
-------	------------

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Bayreuth vom 10.11.1999 wird zurückgewiesen.
II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die Berücksichtigung einer Anrechnungszeit vom 01.09.1959 bis 30.06.1973 bei der Rente des Klägers.

Der am 1941 geborene Kläger hat den Beruf des Stahlformenbauers erlernt. Er begann am 01.08.1955 eine Schlosserlehre bei der Firma K. in F. und wechselte anschließend am 09.04.1956 zur Firma F. Noch vor Abschluss seiner Ausbildung wurde er vom 16.07.1958 bis 11.09.1958 wegen einer akuten schizophrenen Psychose im Nervenkrankenhaus Bayreuth (NKH) stationär behandelt. Dort befand er sich auch zu weiteren Aufenthalten vom 15.09.1958 bis 18.12.1958, vom 27.02.1959 bis 28.04.1959 und durchgehend vom 22.05.1959 bis 12.01.1975. Von 1959 bis 1967 war er dabei auf einer geschlossenen Langzeitstation untergebracht. Im Jahre 1972 legte er die Gesellenprüfung ab, wobei ihm die vor seiner

Einweisung in das NKH zur ¼ckgelegte Ausbildungszeit angerechnet wurde, so dass er nur eine berufspraktische und berufstheoretische Pr¼fung ablegen musste. Ab Februar 1973 arbeitete der Kl¼ger im Rahmen einer au¼erhalb der Anstalt verlaufenden Arbeitstherapie in einem Industriebetrieb. Ab Juli 1973 wurden f¼r ihn wieder Pflichtbeitr¼ge zur Rentenversicherung entrichtet. Im Januar 1975 wurde er aus der Nervenklinik entlassen. Er nahm eine abh¼ngige Besch¼ftigung auf, die er bis Ende Juni 1996 durchf¼hrte und dann wegen einer erneut auftretenden schizophrenen Erkrankung aufgeben musste. Vom 05.07. bis 10.09.1996 war er erneut station¼r im NKH.

Seit 01.12.1996 bezieht er Rente wegen Erwerbsunf¼higkeit auf unbestimmte Zeit, die mit Bescheid vom 04.06.1997 festgestellt wurde. Der Versicherungsverlauf weist eine L¼cke vom 01.09.1959 bis 30.06.1973 auf.

Im Rahmen eines im Jahre 1980 eingeleiteten Kontenkl¼rungsverfahrens (Fragebogen vom 20.06.1980) zog die Beklagte Arztbriefe des NKH bei und holte eine Stellungnahme ihres ¼rztlichen Dienstes zu der Frage ein, ob in der Zeit von 1959 bis 1973 Arbeitsunf¼higkeit iS der damaligen Vorschriften ([Å§ 1259 RVO](#)) vorgelegen habe. Diese Frage beantwortete der Pr¼farzt Dr.W. in seiner Stellungnahme vom 18.09.1980 mit "ja". Die Beklagte speicherte daraufhin in einer internen Verf¼gung die Zeit vom 09.03.1959 bis 30.06.1973 als Krankheitszeit. Ein Versicherungsverlauf wurde, soweit ersichtlich, nicht an den Versicherten bekannt gegeben. Aufgrund einer internen ¼berpr¼fungsanfrage vom 08.10.1980 kam die Beklagte zu dem Ergebnis, dass die Anrechnung der vorgenannten Zeit als Ausfallzeit nicht m¼glich sei, da w¼hrend der langj¼hrigen Unterbringung im NKH Berufs- und Erwerbsunf¼higkeit vorgelegen habe. Dieses Ergebnis teilte die Beklagte dem Versicherten mit Bescheid vom 29.10.1980 mit. Dagegen wandte sich der Kl¼ger mit einem Schreiben vom 07.01.1981 und machte geltend, dass er 16 Jahre lang unschuldig Tag f¼r Tag schikaniert worden sei, ohne daf¼r irgendeinen Schadensersatz erhalten zu haben; er verstehe allerdings, dass er keine Leistungen beanspruchen k¼nne, f¼r die er nicht bezahlt habe. Er sei aber w¼hrend der gesamten Dauer des Aufenthalts in der Nervenklinik voll erwerbsf¼hig gewesen und habe ja auch von 1969 an voll gearbeitet in den Werkst¼tten. Mit Formblattschreiben vom 27.10.1989 bat der Kl¼ger erneut um Kontenkl¼rung und beanstandete den Versicherungsverlauf, insbesondere hinsichtlich der Zeit der Unterbringung im NKH. Mit Bescheid vom 06.11.1989 versagte die Beklagte erneut die Anerkennung der Zeit vom 01.09.1959 bis 30.06.1972 (gemeint wohl: 30.06.1973) als Ausfallzeit. Gegen diesen Bescheid hat der Versicherte Rechtsmittel nicht eingelegt. Mit Schreiben vom 02.01.1996 verlangte der Kl¼ger eine Vorausberechnung seiner Rente und bat erneut um ¼berpr¼fung, ob seine Krankheitszeit von 1959 bis 1973 mit ber¼cksichtigt werden k¼nne. Die Beklagte ¼bersandte den Versicherungsverlauf vom 15.01.1996, den der Kl¼ger erneut beanstandete wegen des Fehlens der Zeit von 1959 bis 1973. Die AOK Bayreuth-Kulmbach teilte auf Anfrage mit, dass der Kl¼ger nur bis zum 31.08.1959 in der Krankenversicherung gemeldet gewesen sei. Mit Bescheid vom 16.05.1996 lehnte die Beklagte die Anerkennung der Zeit vom 01.09.1959 bis 30.06.1972 als Anrechnungszeit ab, weil eine Krankheit nicht vorgelegen habe.

Dagegen erhob der Klager Widerspruch und machte durch seinen Bevollmächtigten geltend, dass die Zeit des Aufenthalts in der Nervenheilanstalt den Tatbestand des [ 58 Abs 1 Ziff 1 SGB VI](#) erfülle, insbesondere weil auch die Unterbrechnung einer versicherten Beschäftigung gegeben sei. In einer Stellungnahme des ärztlichen Dienstes der Beklagten vom 13.11.1996  Dr.A.  ist ausgeführt, dass in der genannten Zeit Gebrechlichkeit vorgelegen habe.

Mit Bescheid vom 03.12.1996 wies die Beklagte den Widerspruch des Klagers zurück. Eine Anrechnungszeit wegen Krankheit liege nicht vor, weil Krankheit begrifflich einem vorübergehenden Zustand mit einem im Voraus absehbaren Ende bezeichne und deshalb nicht mehr angenommen werden könne, wenn die Entwicklung der körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen mehr oder weniger abgeschlossen sei und deshalb ein Gebrechen vorliege, mit dessen Dauer für nicht absehbare Zeit zu rechnen sei.

Dagegen hat der Klager am 10.12.1996 Klage beim Sozialgericht Bayreuth erhoben. Das Sozialgericht hat die Schwerbehindertenakten des Versorgungsamtes, die Krankenakte des NKH des Bezirks Oberfranken in Bayreuth, die Unterlagen des medizinischen Dienstes der Krankenversicherung Bayreuth (MDK) und Berichte des Neurologen Dr.E. und des Internisten Dr.P. zum Verfahren beigegeben. Auf Veranlassung des Gerichts hat der Arzt für Neurologie und Psychiatrie Dr.S. das Gutachten vom 01.02.1999 nach Aktenlage erstattet. Beim Klager habe eine schizophrene Erkrankung vorgelegen, deren Manifestation in das erste Quartal des Jahres 1958 zurckreiche. Es habe sich zunächst um das Zustandsbild einer akuten paranoiden Psychose gehandelt, die in der damaligen Zeit bei Fehlen entsprechender neuroleptischer Medikation in einen schizophrenen Defektzustand übergegangen sei. Erst durch den Einsatz neuentwickelter Psychopharmaka sei eine Besserung im Befinden eingetreten, der Klager sei wieder kontaktfhiger und umweltbezogener geworden, so dass man ihn dann auch arbeitstherapeutisch habe betreuen können. Es habe etwa in der Zeit vom 01.09.1959 bis zum Beginn der (fortgesetzten) Lehrzeit etwa Mitte 1969 durchgehend Gebrechlichkeit vorgelegen. Der Klager sei in dieser Zeit infolge geistiger und seelischer Behinderung außer Stande gewesen, sich selbst zu unterhalten und durch Einkünfte einer Erwerbstätigkeit seinen Unterhalt zu bestreiten. Eine Besserung in dieser Hinsicht könne ab Mitte 1969 angenommen werden. Der Klager selbst geht davon aus, dass er während der gesamten Dauer der Unterbringung im NKH erwerbsfähig gewesen sei. Er habe in der Klinik in der Schlosserei und im Kesselhaus gearbeitet und sogar seine Lehre als Schlosser erfolgreich beendet.

Mit Urteil vom 10.11.1999 hat das Sozialgericht die Klage gegen den Bescheid vom 16.05.1996 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 03.12.1996 abgewiesen. Die Beklagte habe bei der letztmaligen Ablehnung der beantragte Ausfallzeit ebenso wie bei den früheren Ablehnungen das Recht richtig angewendet. Die Zeit des stationären Aufenthalts im NKH sei weder nach dem alten Recht der RVO ( 1259) noch nach den Nachfolgevorschriften des SGB VI, [ 58 Abs 1 Nr 1 SGB VI](#), in der vom Klager gewünschten Form zu berücksichtigen. Der Klager sei vielmehr während des größten Teils seines stationären Aufenthalts nicht arbeitsunfähig, sondern erwerbsunfähig gewesen.

Erst gegen Ende 1968 sei durch die Entwicklung und den Einsatz neuer Psychopharmaka eine Besserung und Stabilisierung des schizophrenen Zustandes eingetreten, die Wahnvorstellungen des KlÄxgers hÄxten sich zurÄ¼ckgebildet. Allein schon die lange Zeitdauer des Klinikaufenthalts bis zum Eintritt einer Besserung belege, dass bei der Einlieferung in die Anstalt der KlÄxger auf nicht absehbare Zeit zur Verrichtung einer ErwerbstÄxtigkeit auÄ¼er Stande gewesen sei. Dieser von Dr.S. anhand der Krankenunterlagen Ä¼berzeugend dargelegten Beurteilung schlieÄ¼e sich das Gericht an. Die Ermittlung des genauen Zeitpunkts, zu dem eine Besserung in den gesundheitlichen VerhÄxtnissen eingetreten sei, kÄ¼nne jedoch dahinstehen. Der KlÄxger habe kein AusbildungsverhÄxtnis mehr durchlaufen (im NKH), sondern sei lediglich im Rahmen der BeschÄxtigungstherapie zur praktischen und theoretischen GesellenprÄ¼fung zugelassen worden. Des weiteren kÄ¼nne die Festlegung eines bestimmten Tages, zu dem keine ErwerbsunfÄxtigkeit mehr vorgelegen habe, sondern mÄ¼glicherweise nur noch ArbeitsunfÄxtigkeit, dahinstehen, weil wegen jedenfalls fehlender Unterbrechnung einer versicherungspflichtigen BeschÄxtigung eine Ausfallzeit nicht mehr in Frage kÄ¼me. Auch nach Ablegen der GesellenprÄ¼fung am 05.02.1973 sei der KlÄxger nicht aufgrund eines BeschÄxtigungsverhÄxtnisses bei der Firma S. in B. tÄxtig gewesen, sondern aufgrund einer Arbeitstherapie.

Gegen dieses Urteil richtet sich die am 13.12.1999 beim Bayer. Landessozialgericht eingegangene Berufung des KlÄxgers. Er verlangt weiterhin, die Zeit vom 01.09.1959 bis 30.06.1973 als Anrechnungszeit anzuerkennen. Die Nervenlinik habe ihn erst am 01.01.1960 als Pflegefall angesehen, nicht bereits zum 01.09.1959. Der mÄ¼glicherweise eingetretene Zustand der Gebrechlichkeit sei jedenfalls bei Aufnahme in die Nervenlinik nicht auf Dauer anzunehmen gewesen.

Der KlÄxger beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Bayreuth vom 10.11.1999 aufzuheben und die Beklagte unter AbÄxnderung des Bescheides vom 16.05.1996 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 03.12.1996 zu verurteilen, die Zeit vom 01.09.1959 bis 30.06.1973 als Anrechnungszeit anzuerkennen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung des KlÄxgers zurÄ¼ckzuweisen.

Dem Gericht haben die Verwaltungsakten der Beklagten und die Prozessakten dees SG Bayreuth vorgelegen. Wegen weiterer Einzelheiten des Sachverhalts wird auf den gesamten Akteninhalt Bezug genommen.

EntscheidungsgrÄ¼nde:

Die Berufung des KlÄxgers ist form- und fristgerecht eingelegt und auch im Ä¼brigen zulÄxtsig.

Das Rechtsmittel des KlÄxgers erweist sich als nicht begrÄ¼ndet. Das Sozialgericht hat zutreffend erkannt, dass beim KlÄxger vom 01.09.1959 bis 30.06.1973 nicht ArbeitsunfÄxtigkeit iS der Krankenversicherung, sondern ErwerbsunfÄxtigkeit iS der Rentenversicherung vorgelegen hat. Dies lÄxtsst sich aus der langen Dauer und der Schwere des Defektzustandes unschwer ableiten, wie Dr.S. in seinem Gutachten

Überzeugend ausgeführt hat. Dieses Gutachten hat das SG im Urteil ausführlich dargestellt und zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht. Der Senat schließt sich den Überlegungen des SG an, weshalb von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe abgesehen wird, [Â§ 153 Abs 2 SGG](#).

Einer weiteren Begutachtung, wie vom Kläger angeregt, bedurfte es nicht. Der ärztliche Sachverständige Dr.S. hat die an ihn gestellten Beweisfragen klar und eindeutig beantwortet. Außer seiner Auffassung, dass das Gutachten inhaltlich falsch sei, hat der Kläger keine Argumente vorgebracht, die die Kernaussage der Begutachtung in Frage stellen könnten.

Im Übrigen ist es für den Rechtsstreit unerheblich, ob die Erkrankung des Klägers, durch welche Maßnahmen und Medikamente auch immer, zu einem früheren Zeitpunkt hätte gebessert werden können; entscheidend ist lediglich, ob und wie lange der Zustand der Erwerbsunfähigkeit andauert hat. Diese Frage hat Dr.S. beantwortet, indem er eine Besserung des Zustandes erst ab etwa 1968 festgestellt hat.

Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Bayreuth vom 10.11.1999 war deshalb zurückzuweisen.

Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten, [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision sind nicht ersichtlich.

Erstellt am: 14.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024